

## **Was und wie lange soll geprüft werden? Stationärer Bürgerdienst in Lurup und/oder Osdorf**

Dem Regionalausschuss II der Altonaer Bezirksversammlung lag in seiner jüngsten Sitzung ein Antrag der Fraktion Die Linke „Für einen stationären Bürgerdienst in Lurup“ vor. Darin wurde verlangt, als Ersatz für den geschlossenen Mobilen Bürgerdienst in den Elbgau-



**Karsten Strasser (Die Linke) empfahl: Keine Zeit verlieren mit der Prüfung eines stationären Bürgerdienstes in Lurup**

Passagen einen Stationären Bürgerdienst möglichst übergangslos und am bisherigen Standort zu schaffen. Das neue Angebot sollte auch die Möglichkeit der Barzahlung vorsehen. Für die Beschaffung der erforderlichen technischen Mittel und die Deckung der Mietkosten sollten nach Auffassung der Linken die erforderlichen Mittel aus dem Landeshaushalt 2011, spätestens aber 2012, beantragt und bereitgestellt werden. Wegen technischer Probleme war der Mobile Bürgerdienst in der Haspa-Filiale am 30. September 2011 geschlossen worden. Karsten Strasser von der Linksfraktion erklärte in der Aussprache, dass Gewerbetreibende in den Elbgau-Passagen bereit wären, in ihrem Geschäft einen Stationä-

ren Bürgerdienst zu etablieren. Der Antrag der Linken fand bei der SPD und GAL keine Zustimmung. Die Sprecher beider Fraktionen verwiesen darauf, dass vom Hauptausschuss auf Vorschlag des Regionalausschusses bereits beschlossen worden sei, für das Jahr 2012 die Einrichtung eines Stationären Bürgerdienstes im Sozialen Dienstleistungszentrum West am Osdorfer Born zu prüfen. Man solle sich nicht verzetteln und diesem Prüfauftrag keinen zweiten hinzufügen.

Diesen Standpunkt teilte die CDU-Fraktion nicht. Warum, so Tim Schmuckall, können nicht zwei Standorte geprüft werden? Dem CDU-Politiker stellte sich auch – mit Blick auf die Mittelbeschaffung und des Zeitfensters – die Frage: Was genau und wie lange solle geprüft werden? Sabine Tengeler (Luruper Forum), die das Wort erhielt, erinnerte an die Schließung der Ortsdienststelle in Lurup und bezeichnete es als außerordentlich bedauerlich, wenn ein Stadtteil mit so vielen Einwohnern jetzt überhaupt keinen Bürgerdienst mehr habe.

Mehrheitlich mit den Stimmen von SPD und GAL wurde der Antrag der Linksfraktion abgelehnt.

Die Mobilen Bürgerdienste sind vor allem für Passangelegenheiten in Anspruch genommen worden. Die Ausgabe der neuen elektronischen Personalausweise ist nur mit stationär eingerichteter Technik möglich. Dies war in der Haspa-Filiale Elbgau-Passagen nicht zu bewerkstelligen. Wer jetzt einen neue Ausweis benötigt, muss sich auf den langen Weg zu den Kundenzentren in Blankenese oder Altona machen.